

Niederschrift

**über die Sitzung des Inklusionsbeirates der Stadt Kaiserslautern
am Donnerstag, 03.09.2020, um 17:00 Uhr
im großen Ratssaal (1. OG) des Rathauses, Willy-Brandt-Platz 1,
Kaiserslautern.**

Zahl der Ausschussmitglieder gesamt: 16

Anwesende Ausschussmitglieder: 15

Anwesend:

Sitzungsleitung

Stefan Thome

Mitglieder

Constanze Augustin, Uwe Dinkel, Birgit Klatte, Karl-Theodor Grieser,
Thomas Lauck, Kerstin Kührt, Carsten Ondreka, Christine Tischer,
Christian Werner

SPD

Reiner Kiefhaber

CDU

Elisabeth Heid

DIE GRÜNEN

Lea Siegfried

AFD

Attila Sonal

Stellvertretende Mitglieder

Dieter Martin, Silvia Meck, Josephine Töpler

Eröffnung der Sitzung: 17:00 Uhr

Sitzungsleiter Thome begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Inklusionsbeirats fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Beiratsvorsitzende Tischer erklärt, der stellvertretende Beiratsvorsitzende wird der heutigen Sitzung leiten, da sie selbst sehr viele Berichte vortragen wird.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bericht aus dem Vorstand
3. Situation unter Corona
(für Menschen mit Behinderungen in Kaiserslautern)
4. Lehren aus der Corona-Pandemie
5. aktuelle Situation des/ der Behindertenbeauftragten
6. Satzungsänderung - Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden/
die Vorsitzende
7. Öffentlichkeitsarbeit
8. Mitteilungen
9. Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen

Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Anfragen gestellt.

2. Bericht aus dem Vorstand

Beiratsvorsitzende Tischer berichtet ausführlich über die Arbeit der letzten Zeit und gibt einen Ausblick auf geplante Veranstaltungen bzw. Aktionen.

Unter anderem gab es zwei Treffen der Betroffenenvertreterinnen und Betroffenenvertreter. Themen waren zum Beispiel Mobilität, Erfahrungen mit Diskriminierung, die Situation bezüglich barrierefreier öffentlicher Toiletten und die Öffentlichkeitsarbeit.

Des Weiteren erzählt sie von den angedachten Räumlichkeiten für den Inklusionsbeirat, die nicht wirklich barrierefrei seien. Auch das Behinderten-WC sei suboptimal, letztlich sei das komplette Rathaus nicht barrierefrei.

Insgesamt sei die Situation für den Inklusionsbeirat sehr unbefriedigend. Es ist immer noch kein Equipment (Handy, Rechner, Raum) vorhanden. Die Erreichbarkeit war lange nicht auf der Homepage sichtbar, etc.

Geplant seien unter anderem ein Rathausrundgang, eine Veranstaltung zu einem Jahr Inklusionsbeirat, ein regelmäßiges Inklusionscafé und aus dem Beirat wurde ein Runder Tisch „Mobilität“ angeregt. Dies sei im Moment alles sehr abhängig von der Corona-Situation.

3. Situation unter Corona (für Menschen mit Behinderungen in Kaiserslautern)

Beiratsvorsitzende Tischer geht ausführlich auf die Probleme für Menschen mit Beeinträchtigungen während der Corona-Pandemie ein.

Für den Inklusionsbeirat sei es ein ungünstiger Zeitpunkt gewesen, da gerade die aktive Arbeit aufgenommen wurde. Zu den Mitgliedern des Beirats habe man telefonisch Kontakt gehalten.

Menschen mit Beeinträchtigungen in Einrichtung seien recht gut versorgt. Schwierig sei es für allein lebende, die zum Beispiel auch keinen Internetzugang hätten. Hier sei Vereinsamung zu erwarten. Es gäbe große Ängste und das allgemeine Stresslevel sei sehr erhöht.

Alles in Allem sei eine mehr als schwierige Situation gerade auch für Menschen mit Beeinträchtigung.

4. Lehren aus der Corona-Pandemie

Unter anderem habe man folgende Lehren gezogen:

- Es ist ein Notfallplan notwendig, der nachhaltig angewendet werden kann.
- Die Bedürfnisse beeinträchtigter Menschen müssen mehr in den Focus gerückt werden.
- Schlüsselpositionen zu dieser Thematik, wie die Stelle des/ der Behindertenbeauftragten mit der Geschäftsführung für den Inklusionsbeirat, müssen zeitnah besetzt werden.
- Im Krisenstab sollte ein Vertreter der Inklusionsbeirats bzw. eine beeinträchtigte Person vertreten sein.
- Die Informationen sollen als Forderungskatalog an die Fraktionen gehen.

5. aktuelle Situation des/ der Behindertenbeauftragten

Beiratsvorsitzende Tischer geht kurz auf den Hergang der aktuellen Situation ein. Es sei unverständlich und sehr belastend, dass die Stelle so lange unbesetzt sei bzw. lediglich kommissarisch ausgeübt werde.

Die stellvertretende Behindertenbeauftragte teilt mit, laut Personalreferat werde die Stelle in nächster Zeit ausgeschrieben.

Es wird seitens des Inklusionsbeirats gefordert, die Stelle auch extern auszuschreiben, um eine entsprechende Transparenz herzustellen. Inwieweit der Inklusionsbeirat bei der Auswahl des/ der künftigen Behindertenbeauftragten seitens der Stadtverwaltung beteiligt wird, wird angefragt.

6. Satzungsänderung - Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden/ die Vorsitzende

Sitzungsleiter Thome würdigt den sehr großen Einsatz der Beiratsvorsitzenden Tischer, sie sei derzeit fast täglich im Einsatz gewesen.

Der Inklusionsbeirat fasst folgenden Beschluss:

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Satzung des Inklusionsbeirats dahingehend zu ändern, dass der/ die Vorsitzende eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 180 € pro Monat erhalten soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Bei 2 Enthaltungen

7. Öffentlichkeitsarbeit

Folgende Maßnahmen wurden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt:

- Mehrere Pressemitteilungen geschrieben, wobei die Veröffentlichung in „DIE RHEINPFALZ“ sehr holprig sei.
- Die Fraktionen wurden angeschrieben.
- Eine eigene Homepage www.inklusionsbeirat-kl.de wurde in Zusammenarbeit mit Kl.digital erstellt. Hier sei noch zu klären, inwieweit Artikel der Tageszeitung „DIE RHEINPFALZ“ als Zweitverwertung auf der Homepage veröffentlicht werden dürfen, wird noch geklärt.
- Die Möglichkeit Artikel im Amtsblatt und den Stadtteilzeitungen wird aufgezeigt.
- Eine Artikelserie in „DIE RHEINPFALZ“ über das Leben mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen in Kaiserslautern ist gestartet.

Angeregt wird, Informationen durch Mitglieder, die in Facebook aktiv sind, diese dort zu teilen.

Es soll eine Vorstellung des Inklusionsbeirats und dessen Forderungen in den Fraktionen stattfinden.

8. Mitteilungen

Es liegen derzeit keine weiteren Mitteilungen vor.

Künftig wird der Punkt in „Verschiedenes“ umbenannt, so dass auch hier Diskussionen Anregungen möglich sind.

Angesprochene Punkte wurden als Anfragen formuliert.

9. Anfragen

Es werden folgende Anfragen gestellt:

- Wann wird die Homepage der Stadt Kaiserslautern barrierefrei gestaltet? Rechtlich müsste sie dies bis zum 23.09.2020 sein.
- In welcher Form soll der Inklusionsbeirat künftig bei Planungen (öffentlicher Verkehrsraum, Hochbau) mit einbezogen werden?
- Es wird seitens des Inklusionsbeirats gefordert, die Stelle auch extern auszuschreiben, um eine entsprechende Transparenz herzustellen. Inwieweit der Inklusionsbeirat bei der Auswahl des/ der künftigen Behindertenbeauftragten, wird angefragt.
- Die durch die SK aufgestellten großen Blumenkübel stehen zum Teil mitten auf dem Gehweg. Zudem ist die konische Form für Langstockgänger (Blinde) sehr schlecht. Es wird gebeten, diese zu versetzen bzw. die Form zu verändern.
- Probleme bereiten immer wieder nicht ordnungsgemäß abgestellte E-Scooter. Wie lange der Vertrag/ die Nutzungsvereinbarung noch läuft und inwieweit es möglich sei, hier ein Bußgeld auszuweisen, wird erfragt.
- Fragen zur Bankrückrufermächtigung:
 - welche Referate/Ämter der Stadtverwaltung Kaiserslautern fordern Bürger*innen zum Ausfüllen von Bankrückrufermächtigungen auf? Geschieht dies jeweils grundsätzlich oder nur in bestimmten Fällen?
 - Werden nach erfolgter Zusendung der Bankrückrufermächtigung durch die Bürger*innen im Falle von Rückforderungen automatisch rechtsfähige Bescheide erstellt?
Wenn ja: warum obliegt es den betroffenen Bürger*innen nicht selbst, die Rückzahlung zu veranlassen?
Wenn nein: wie begründet die Stadtverwaltung dieses vorgehen?

- Wie und mittels welcher Formulierung stellt die Stadtverwaltung sicher, dass bei Empfänger*innen von Bankrückrufermächtigungen nicht fälschlicherweise der Eindruck entsteht, es handele sich bei der Bitte um Unterzeichnung um eine Pflicht, der die Bürger*innen nachkommen müssten, um die Auszahlung von Leistungen auszulösen?
- Wie stellt die Stadtverwaltung sicher, dass im Falle einer unterschriebenen Bankrückrufermächtigung keine Konten belastet werden, die nicht entsprechend gedeckt sind?

Nicht öffentlicher Teil

.//.

Ende der Sitzung:

19:40 Uhr

Sitzungsleitung:

Schriftführerin

Stefan Thome

Constanze Augustin